

Die *Aktiven der Petition* berichten über ihre Aktivitäten:

„Die Petition wurde am 15. Oktober beendet. In den zurückliegenden Wochen haben wir ... zahlreiche Diskussionen geführt, Kommiliton_innen aus dem Lockdown ermuntert, Aktionen im öffentlichen Raum organisiert und massig Unterschriften gesammelt. Es wurden 1838 Unterschriften gesammelt. Wir planen, die Petition nochmal an die Wissenschaftsbehörde sowie an die Hochschulpräsidien zu senden. Als Übergabe wollen wir einen offenen Brief veröffentlichen.

In der Bürgerschaft wurde bisher lediglich die Verlängerung der individuellen Regelstudienzeit für das letzte Semester beschlossen. Wir meinen, da geht noch mehr!“ (Stand: 14.10.2020; *Text leicht geändert, die Red.*)

Petition: Für Präsenz und ein Solidarsemester an den Hamburger Hochschulen!

Das Online-Semester und die gesteigerte soziale Prekarität schränken seit mehreren Monaten Wissenschaft und Bildung mündiger Persönlichkeiten zur menschlichen Gestaltung der Welt erheblich ein. In der Vereinzelung gehalten, ohne Hochschule als Ort der sozialen weltbezogenen Perspektivbildung, soll sich zufrieden gegeben werden mit leichter Milderung der Einschränkungen und individueller Nachsicht bei steigender Selektions- und Konkurrenzdruck in den Massenprüfungen. Das schadet allen. Die Hochschulen werden mit ihrer Arbeit für eine zivile, soziale, demokratische, ökologisch und ökonomisch nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft jetzt erst recht gebraucht. Studium, Wissenschaft und Forschung können dafür, wie in den Schulen ohne formale Abstandsregeln, mit erhöhter Aufmerksamkeit Alle für einander, in Präsenz stattfinden.

Soziale Sicherheit ist dafür notwendig und kann geschaffen werden. Geld ist genug da. Es ist die Aufgabe der Hochschulen zu Friedensbildung, solidarischen internationalen Beziehungen, Demokratisierung, einem nachhaltigen Austausch mit der Umwelt und sozialer Gerechtigkeit beizutragen. Wissenschaftliche Erkenntnis braucht kritische persönliche Auseinandersetzung und Bezugnahme. Das gelingt am besten in Präsenz.

Daher fordern wir von Senat und Hochschulleitungen:

Soziale Grundlage sichern:

- 900 Euro monatlich als Vollzuschuss
 - Bildung braucht Präsenz
 - Mensen und Bibliotheken sind Grundlage für Wissenschaft: Sie müssen geöffnet werden
- Restriktionen abschaffen:
- Fristen für ein Jahr verlängern
 - Freischussregelung für alle Prüfungen

Begründung

1) Soziale Grundlage sichern: Die Einrichtung einer angemessenen sozialen Unterstützung der Studierenden – restriktionsfrei 900 Euro monatlich als Vollzuschuss. Bislang besteht die Möglichkeit einer Überbrückungshilfe in Höhe von 500 Euro unter erheblichem bürokratischem Aufwand und zahlreichen Einschränkungen. Das geht an der sozialen Realität vorbei: Der studentische Durchschnittsbedarf beträgt laut Studierendenwerk 900 Euro monatlich. Wir Studierenden werden, wenn die gemeinsame Überwindung der Krise gelingt, hinterher nicht über größere Überschüsse verfügen. Der Hilfsfonds ist daher als Vollzuschuss einzurichten. Der Staat selber hat die Maßnahmen angeordnet, die nun zu den Verdienstauffällen und sozialen Härten führen. Es ist daher unnötig, dass die Studierenden diese auch noch nachweisen

müssen. Der Zuschuss ist daher restriktionsfrei und unbürokratisch zu vergeben. In diesem Sinne sind auch Gebühren durch Universität und Studierendenwerk zu erlassen: Keine Studierenden dürfen auf Grund des nicht gezahlten Semesterbeitrags zum SoSe 2020 exmatrikuliert werden. Das HVV-Ticket war praktisch nicht nutzbar, dennoch gibt es bisher keine Lösung für Shut-Down-bedingte Härtefälle. Allen Betroffenen ist auch jetzt noch kulant der gezahlte Betrag zurückzuerstatten.

2) Bildung braucht Präsenz: Erkennen Sie an: Digitale Lehre kann das gemeinsame Lernen in Präsenz und gegenseitige Begegnung nicht ersetzen. Es ist in der Hochschuldidaktik wissenschaftlich erkannt und auch unser aller praktische, derzeit intensive Erfahrung: Der Einsatz digitaler Medien kann – vernünftig und gezielt umgesetzt – Erkenntnisprozesse in Präsenzveranstaltungen unterstützen, er kann sie – allemal als Notnagel eingesetzt – nicht ersetzen. Wissenschaftliche Erkenntnis braucht kritische persönliche Auseinandersetzung und Bezugnahme, die nur in Präsenz gelingt. Die Konsequenz muss sein: Alle in diesem Semester erbrachten Studienleistungen müssen ohne Einschränkungen in einem regelhaften Semester wiederholt werden können. Wir alle haben das Recht auf Wissenschaft, Lehre, Studium und Bildung auf höchst möglichem Niveau und haben nicht verdient, mit einer ungenü-

genden Nachbildung abgespeist zu werden. In diesem Sinne sind alle Anstrengungen dafür zu unternehmen, dass das Wintersemester weitestgehend in Präsenz stattfindet – Seminare und andere Kleingruppenveranstaltungen sind dabei zu priorisieren gegenüber Massenvorlesungen, die ohnehin nicht diskursiv ausgelegt sind.

3) Mensen und Bibliotheken sind Grundlage für Wissenschaft:

Die Öffnungszeiten der wissenschaftlichen Bibliotheken sowie der Mensen sind wieder dem Betrieb vor dem Shut-Down anzugleichen. Wissenschaft braucht Bücher und Universitätsmitglieder müssen essen. Studierende und Lehrende benötigen daher ausreichenden Zugang zu den Bibliotheken und Mensen. Hinzu kommt, die meisten Studierenden verfügen nicht über geeignete Arbeitsplätze, um ausschließlich von dort zu lernen, auch hierfür sind Räume wie die Bibliotheken notwendig und die Möglichkeiten müssen dafür ausgeweitet werden (z.B. in den Fachbibliotheken). Weil Bibliotheken, Mensen, etc. bereits jetzt unterfinanziert sind, sind großzügig Mittel bereit zu stellen, die allen entsprechenden Einrichtungen die Einstellung von ausreichend Personal auch unter den gegenwärtigen Bedingungen ermöglichen.

4) Restriktionen abschaffen: Wegen der sozialen Belastungen und der Einschränkungen im

Studium kommt es unvermeidlich zu Verzögerungen im Studium. Diese Belastungen werden mit der Aufhebung der Eindämmungsmaßnahmen auch nicht sofort verschwinden und die Lehrveranstaltungsplanung ist häufig jahresweise angelegt. Es sind daher die Fristen im Studium und beim Studierendenwerk, für BAföG und Krankenkassen, bei Ämtern und der Ausländerbehörde, etc. für ein Jahr auszusetzen.

Obwohl es kaum möglich war, sich fachliche Inhalte vernünftig anzueignen, werden im Sommersemester 2020 Prüfungen durchgeführt. Diese erweisen sich damit noch einmal mehr als Mittel der Selektion ohne irgendeinen förderlichen Wert. Durch die mangelnde Zugänglichkeit von Bibliotheken sowie die drastischen Sicherheitsmaßnahmen entsteht zusätzlicher Stress. Viele Studierende melden sich nicht einmal zu Prüfungen an und werden dadurch zu einem Studienabbruch gedrängt. Daher braucht es eine Freischuss-Regelung für alle Prüfungen, was bedeutet, dass Studierende zwar Prüfungen schreiben können, diese jedoch auch nach der Betonung auf eigenen Willen wiederholen können, ohne, dass der Prüfungsversuch aus dem Sommersemester 2020 gezählt wird.

Dafür streiten Aktive in den Fachschaftsräten, in Uni-Gremien und in stadtweiten Bündnissen. Jede_r kann Teil davon sein!

FACHSCHAFTSRAT
ERZIEHUNGSWISSENSCHAFT
(Universität Hamburg)

